

aus Wiesbaden

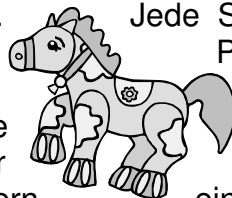
Nr. 24 – Juni 2006

*Liebe Genossinnen und Genossen,
der neue Brief aus Wiesbaden hat auf sich warten lassen. Doch die Kommunalwahl und ihre komplizierten Auswirkungen haben auch bei mir die landespolitischen Ereignisse in den Hintergrund treten lassen. Die große Koalition hat dazu beigetragen, die Kommunalwahl bundespolitisch zu überlagern und die Wahlbeteiligung zu minimieren. In der Analyse müssen aber auch die hausgemachten Anteile am Ergebnis erwähnt werden. Müdigkeit nach drei aufeinanderfolgenden Wahlkämpfen gehört dazu ebenso wie der Mangel an sichtbaren kommunalen Kontroversen. Insbesondere müssen wir daran arbeiten, dass die SPD in Offenbach wieder als handlungsfähiges Team wahrgenommen wird. Wir müssen unser Wählerpotential insbesondere in den traditionellen Stadtteilen zurückgewinnen und zur Wahl motivieren. Trotz des wenig aufmunternden Ergebnisses haben wir die Chance genutzt, in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit ohne die CDU zu bilden. Das Risiko für die Ampel ist hoch, da das neue Bündnis nur über eine Stimme Mehrheit verfügt. Aber die inhaltlichen Vereinbarungen der Koalition sind es wert, für ihre Realisierung eine Mehrheit zu haben. Es gibt viel Arbeit in den kommenden Jahren. Die Offenbacher SPD braucht jede/n von euch, um sie erfolgreich anzugehen.*

*Eure
Heike Habermann*

Trojanisches Pferd vor dem Schultor

Die Unterrichtsgarantie ist erfüllt! Jetzt kommt die Unterrichtsgarantie plus! So zumindest hätte die Kultusministerin gerne die Reaktion der Schulen auf ihre neueste Wortschöpfung registriert. Doch Hessens Schulen sind zu Recht misstrauisch über die neue Gabe der Landesregierung. Jede Stunde Fachunterricht wird erteilt - so heißt es in den Presseankündigungen. In der Realität sollen Schulen für ausfallenden Unterricht selbst Ersatz beschäftigen. Die Qualifikation der Vertretung ist dabei von untergeordneter Bedeutung. In den ersten drei Tagen können auch interessierte Eltern einspringen. Was danach kommt ist vom Einfallsreichtum der Schule und von ihrem Standort (möglichst nahe einer Uni mit Lehramtsstudenten) abhängig. Denn Hessens Schulen müssen ab dem kommenden Schuljahr das Personal per Honorarvertrag ersetzen, das die Kultusministerin nicht mehr einstellt. Allein 1000 Stellen wurden mit der sogenannten Operation sichere Zukunft in 2004 gestrichen. Mehr als 1000 Referendare warten vergeblich auf ihre Einstellung. An den Schulen aber soll zukünftig mit fragwürdig



qualifiziertem Personal unterrichtet werden. Mehr Selbstverantwortung für die Schulen hieß das Trojanische Pferd, als Karin Wolff es vor die Schultore schob. Doch anders als die Trojaner haben die Schulen in Hessen das Geschenk zurückgewiesen. Die Kultusministerin ist nun gefordert, ihr Konzept zu überarbeiten und vor allem erst einmal genügend Personal zur Verfügung zu stellen, damit Schule wirklich verlässliche Unterrichtszeiten entwickeln kann.

Bauchlandung

Noch vor der Sommerpause beabsichtigt die Hessische Landesregierung, den Landesentwicklungsplan vom Landtag verabschieden zu lassen. Es ist der zweite Anlauf, nachdem der Hessische Verwaltungsgerichtshof im August 2002 die für den Flughafenausbau entscheidende Passage für nichtig erklärt hat. Dieses Mal soll die Festlegung auf den Bau der Nordwestbahn im Kelsterbacher Wald Bestandteil des LEP sein. Und wieder droht die Landesregierung vor Gericht zu scheitern, wenn gegen die Gültigkeit des Plans geklagt wird. Zentrale Probleme sind offen, so steht die von FRAPORT geforderte Aktualisierung der Luftverkehrsprognose weiterhin aus. Auch die Risikoabwägung über eine Vereinbarkeit von Nordwestbahn und dem Chemiewerk TICONA ist fehlerhaft. Doch die Landesregierung scheint wild entschlossen, eine weitere Bauchlandung zu riskieren. Die dahinter stehende Absicht ist, den Planfeststellungsbeschluss im Herbst 2007 zu treffen und damit den Weg für den Flughafenausbau freizugeben. Die Abgeordneten in Wiesbaden können zum LEP nur Ja, Nein oder Enthaltung sagen – Änderungsanträge sind nicht möglich. Auch die Hessische SPD wird sich deshalb erneut mit dem Ausbau des Flughafens beschäftigen müssen.

Wolff im Schafspelz

Es ist Montag, der 15. Mai. Kultusministerin Wolff ist in missionarischem Auftrag in Hessen unterwegs und an diesem Abend zu Gast bei der CDU in Marburg. Sie hält wieder einmal einen Vortrag über die Segnungen der Unterrichtsgarantie plus, an die partout niemand so recht glauben will. Im Rathaus plätschert die Veranstaltung vor sich hin. Vor dem Rathaus braut sich das Unheil in Gestalt von etwa 500 Studenten der Universität Marburg zusammen, die nur ein Begehren haben: Sie wollen viel lieber der Kultusministerin klarmachen, wie wenig sie von den von der Landesregierung geplanten Studiengebühren halten – und das ziemlich lautstark. Ein mutiger Anlauf der Kultusministerin scheitert, mit zehn Abgesandten der aufbrachten Studentenschaft zu diskutieren. So wird die Flucht von der anwesenden Polizei organisiert: Karin Wolff verlässt unerkannt das Rathaus, kleidsam verumumt in einen Polizeioverall inmitten von gleich gewandeten Beamten. Unerkannt - hätte nicht RTL seine Kameras an der richtigen Stelle in Anschlag gebracht und den würdigen Abgang gefilmt. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Vorfall die Kultusministerin vielleicht zum Nachdenken über die Unterrichtsgarantie.plus veranlasst. Sonst könnte es passieren, dass sie zukünftig auch Schulbesuche nur noch in Verkleidung durchführen kann. Das lässt hoffen meint

